

**Beyzugspreis**  
Der Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Feststellung 1,40 Mark, vierteljährlich  
4,20 Mark, durch die Post 4,65 Mark  
ausgeschl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsvorzuge unter  
Einschaltung eingetragener für an-  
sonsten eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Volkzeitung“ gestattet.  
Preis der Schriftleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1133,  
des Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

**Abend-Ausgabe.**

# Volkzeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 48.

Halle, Dienstag, den 29. Januar

1918.

## Rischinew von Rumänen umzingelt.

Ukrainisch-rumänische Verhandlungen über die Teilnahme Rumäniens in Brest-Litowsk. — Erfolgreiche blutige Abwehrkämpfe gegen Italien.

### Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 29. Januar.

**Wichtige Kriegshauptquartier.**

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An vorrückenden Stellen der Front Artillerietätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In der Champagne entwickelten sich lebhaft östliche Kämpfe.

Weiterwärts der Straße St. Hilaire-St. Souplet scheiterten am Morgen kleinere französische Angriffsunternahmen.

Unsere Stellungen zwischen den von Somme-Bay und Rivoy nach Südosten führenden Straßen lagen am frühen Nachmittag unter heftigsten feindlichen Feuer. Unter heftigem Schutze ließ französische Infanterie mit Flammenwerfern zu harten Erkundungen gegen mehrere Stellen der Front vor. Mit schweren Verlusten wurden sie zum Teil vor unseren Stellungen, zum Teil im Nahkampf zurückgeworfen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand, mehrere Flammenwerfer wurden erbeutet.

Regelmäßige Tätigkeit führte zu zahlreichen Luftkämpfen.

Wir schossen gestern 13 feindliche Flugzeuge und einen Zerstörer ab.

Landung und Sheernee wurden erfolgreich mit Bomben besessen.

Frühmorgens gingen gegen die Angriffe gegen unsere Vorkämpfe fort. Während im Monat Dezember die Vorkämpfe anlagen von Reibel mehrfach Ziele ihrer Bombenwürfer waren, griffen sie in den letzten Tagen die Anlagen von Vahy (östlich von Conflans) an.

### Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden ist von neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener griffen gestern in den Westteilen östlich von Vigano bis zur Brenta mit starken Kräften an. Im Monte bis Savello und westlich nach der Straße nach den österreichisch-ungarischen Stellungen nach schon im Feuer zusammen: der Monte di Val della, auf dem sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen im Gegenstoß wieder entzissen.

Gegen unsere Verbündeten den im Gebiet des Col de Rosso, sowie zwischen dem Frenzela-Schlucht und der Brenta anrückenden Feind nach schweren Kämpfen zurück. Wiederholte Versuche des Feindes, östliche Einrückungsstellen durch Einschleusen seiner Reserven zu erweitern, scheiterten unter harten Verlusten. 10 Offiziere und 350 Mann wurden gefangen.

Eines unserer Bombengeschwader warf in der Nacht vom 26. zum 27. Januar mit guter Wirkung 21 000 Fluggranat Bomben auf Castellfranco, Treviso und Vescio. Große Brände waren weitlich sichtbar.

Von den anderen Kriegshauptplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### Harte Kämpfe um Rischinew.

Schwere gegenseitige Verluste.

Stockholm, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Rumänische Abteilungen und ukrainische Soldaten haben die Befragung von Ungen entworfen und die Mitglieder des östlichen Sowjets verhaftet. — Rumänische Truppen haben Rischinew umzingelt. Die Stadt steht unter lebhaftem Artilleriefeuer. Die Verluste der Rumänen wie die der Bolschewiki sind sehr hoch. — Die rumänische Regierung hat alle Maßnahmen getroffen, um den russischen Truppen einen Abzug aus dem rumänischen Gebieten zu ermöglichen. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind die ukrainischen Truppen der Kaba.

### Ukrainisch-rumänische Bekämpfung der Bolschewiki.

Rumäniens Teilnahme an den Friedensverhandlungen!

Stockholm, 29. Jan. (Privattelegramm.) Die Blätter melden aus Petersburg, daß zwischen dem kiewer Generalsekretariat und der rumänischen Regierung Verhandlungen eingeleitet worden, die die gleiche Bekämpfung der Bolschewiki und die Teilnahme der rumänischen Regierung an den Friedensverhandlungen zum Zweck haben.

### Finnisches Ultimatum an Rußland.

Helsi, 29. Jan. (Privattelegramm.) Die Bolzer Nationalregierung meldet aus Helsingfors: Der Senat hat ein Ultimatum an die russische Regierung gerichtet mit der Forderung, daß

Lieferung von Waffen an die finnischen Banditen, welche vereinigt mit der russischen Soldateska das Land verheeren, einzustellen. Die jedoch verweigerte Antwort der russischen Regierung gibt die Zusage, unverzüglich die Zurückgabe der geliehenen Waffen zu veranlassen.

### Auflösung des finnischen Senats.

Verhaftung des Senatspräsidenten.

Stockholm, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Helsingfors wird berichtet: Die Verammlung des finnischen Senats wurde von Maximilian mit Unterstützung der Flotte der Sowjets aufgelöst. Der Senat protestierte gegen die Einmischung der Soldaten und Matrosen in die inneren Angelegenheiten Finnlands. Der Präsident des Senats wurde verhaftet.

### Wie Krylenko über die Freiheit denkt.

Stockholm, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Meldungen aus Petersburg hielt der russische Generalissimus Krylenko am Sonnabend vor der verammelten großen Garde eine Rede, aus der die Petersburger Zeitungsagenten folgende Stellen mitteilten:

Die Freiheit ist eine gute Sache, aber während des Kampfes mit der Bourgeoisie müssen alle Freiheiten unterdrückt werden. Wir werden selbst Schreden verheeren, um an der Macht zu bleiben. Wir dürfen unsere politischen Feinde nicht schonen, sonst werden wir verloren sein.

### Die Vermögensteilung in Odesa.

Stockholm, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Odesa wird gemeldet: Das revolutionäre Militärkomitee hat jetzt die Teilung der Vermögen in die Hand genommen. Das Komitee ist bereits damit beschäftigt, alle Güter der Reichs- und beschlagnahmten, um sie unter die Arbeitlosen zu verteilen. Auch sämtliche Bankdepots wurden beschlagnahmt.

In Petersburg haben alle über 35 Jahre alten Soldaten unumstößlichen Urlaub erhalten.

In Moskau sind am 24. Januar alle Mitglieder des sozialrevolutionären Komitees von Moskau gefangen gesetzt worden.

### Wiederaufnahme des amerikanisch-russischen Handels.

Amsterdam, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Aus New York erfahren holländische Blätter, daß die amerikanische Regierung nach Rücksprache eine wirtschaftliche Mission entsenden will, um mit der russischen Regierung über eine möglichst baldige Wiederaufnahme des Warenverkehrs zu verhandeln. Diese Mission soll nicht den geringsten politischen Auftrag haben.

### Verhaftung von Sozialrevolutionären.

Stockholm, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Petersburg wird gemeldet: Die besonders wegen die maximalistischen Grundzüge der Bestrebungen der revolutionären Sozialisten haben die maximalistische Regierung veranlaßt, sämtliche sozialrevolutionären Abgeordneten der Nationalversammlung wie eine Anzahl Mitglieder revolutionärer sozialistischer Vereinigungen zu verhaften. Diese Maßnahme läßt erneut Unruhen in der Hauptstadt befürchten, da die revolutionären Sozialisten gerade in Petersburg heute einen sehr großen Einfluß besitzen.

### Wiederbeginn der militärischen Operationen?

Zürich, 29. Jan. (Priv.-Tel.) Der Züricher Tagesanzeiger schreibt, daß man den Wiederbeginn der militärischen Operationen jetzt noch zu erwarten habe, da die Aussprüche über den Frieden, welche nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge ganz aussichtslos geworden sei, gescheitert ist.

### Wiederzusammentritt der bulgarischen Kammer.

#### Die bulgarischen Kriegsziele.

Wien, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Heute wird die bulgarische Kammer wieder ihre Tagung beginnen. Allgemein nimmt man an, daß sie auch zu der letzten Rede des Grafen Hertling Stellung nehmen wird. Vor allem erwartet man eine Klarstellung der bulgarischen Kriegsziele. So viel steht jedoch heute schon fest, daß Bulgarien keinen unmöglichen Frieden zu machen gedenkt, daß es vielmehr auf dem Standpunkte steht, die von den bulgarischen Soldaten besetzten Gebiete behalten zu müssen, um so mehr, als die Bevölkerung dieser Gebiete sich für die bulgarische Sache ausgesprochen hat.

### Angeligen

werden die 7 gefallenen Kolonnenführer oder deren Raum mit 30 Dfg. berechn. und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigengeschäften angenommen. Bekanntheit die Seite 1. III. Schluß der Anzeigen: Annahme vom 11. Uhr, für die Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheinungstage: 2mal, Sonntags 1mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Nr. Deubenstraße 77. Neben-Geschäftsstellen: Markt 24 und Nr. Weidestraße 82.

### Bratianus Ende.

Wie wurde ein großes Erbe leichtfertiger verthan, wie das der im Jahre 1864 in Florica als ältester Sohn des im Jahre 1891 gestorbenen rumänischen Staatsmannes gleichen Namens geborene Joan Bratianu fertig bekommen hat. Er, der als Vizepräsident Rumäniens das Land in den Krieg stürzte und jetzt seinen Abschied genommen hat, beließ außer einem von seinem Vater nach edel rumänischer Sitte erworbenen großen Vermögen ein weitgehendes politisches Ansehen. Seinem Vater wurden Unfug und Mäßigung nachgerühmt, durch die er sein Land in den Stand setzte, im russisch-türkischen Kriege im Jahre 1877/78 eine hervorragende Rolle zu spielen. Bratianu, der Vater, war es, der Rumänien die Unabhängigkeit und die Königswürde erwarben half und der dann durch eine kluge Friedenspolitik die Machtstellung Rumäniens sicherte. Anders Bratianu, der Sohn. Er wollte mehr „Schwung“ in die Politik seines Landes bringen, als er nach dem Sturze des damaligen konservativen Führers Sturdza im Jahre 1910 Ministerpräsident in Bukarest wurde. Seine Politik war wie sein persönlicher Charakter: Verschlagen und treulos. Sie trug zeitweise sprunghaften Charakter, so daß Unklarheit bestehen mußte, wohin der Weg der rumänischen Politik führen sollte. Am meisten erkannt hat man ihn damals schon in Bulgarien. König Ferdinand nannte den jetzt gestürzten Bratianu einmal den „Judas mit dem Christuskopfe“. In dieser Bezeichnung lag eine treffende Charakteristik. Als Berater hat er immer wieder gehandelt. Nichts war ihm heilig. Für ihn gab es keine Bundesstreue und keine ehrliebe, offene Freundschaft. Beratt war stets das erste Merkmal der von ihm geleiteten rumänischen Politik. Wie ein Berater handelte er zunächst an Bulgarien. Noch kein Großvater war Bulgare, er, der Entel, aber fiel heimlich über Bulgarien her, als dieses von Griechen und Serben im Jahre 1913 nach dem gemeinsamen glücklichen Kriege gegen die Türken hart bedrängt wurde. So ermahnt er auf schändliche Weise im Frieden von Bukarest die bulgarische Dobrußina, die dieser Krieg wieder an Bulgarien zurückgebracht hat. Bei Beginn des Weltkrieges hielt ihn zunächst der damals noch lebende König Carol davon ab, auch den Mittelmächten gegenüber seine Politik des Verrats zu spielen. Erst nach dessen Tode hatte er für seine politischen Neigungen völlig freien Spielraum. Es gelang ihm leicht, den grundlossten Schwächling König Ferdinand im geeigneten Augenblick davon zu überzeugen, daß der Kampf gegen Österreich-Ungarn auch unter Bruch des Bündnisses aufgenommen werden müsse. Die Ententestaaten, die den Mittelmächten heute ständig Eroberungsabsichten vorwerfen, hatten Bratianu, wie noch unerträglich sein wird, Stenbörger und die Bufonina versprochen. Und mit diesem Versprechen in der Tasche sandte Bratianu am 27. August 1916 die Kriegserklärung nach Wien. Zwar erfolgte zunächst ein leichter Einbruch der Rumänen in den Ostteil von Stenbörger. Diese Freude war jedoch nach Falkenhagens und Mackensens Aufmarsch nur von kurzer Dauer. Trotzdem ließ bald zwei Drittel des Landes mit der Hauptstadt Bukarest in den Besitz der Mittelmächte und Bulgariens befallen, vermochte sich Bratianu weiter am Ruder zu erhalten. Er richtete sich mit seiner Regierung und seiner Königssuppe in Jassy ein, wo er auch noch den jüngsten Ereignissen gegenüber Widerstand leistete.

Durch das Auftreten der Bolschewisten mußte seine Stellung erschüttert werden. Ein Zurück gab es jetzt für ihn nicht mehr, denn er konnte nach Lage der Dinge unmöglich auch mit den Ententemächten brechen und den Zentralmächten gegenüber erneut Freundschaft und Treue heucheln. Und weil ihm nur der Weg des Ausstehens übrig blieb, konnte die Entente in London und Paris von Zeit zu Zeit immer wieder stolz werden: Rumänen bleibt treu! Mit dem Anmarsch der Möglichkeit eines Friedens zwischen Rußland und den Mittelmächten steigerte sich auch die Kraft der rumänischen Opposition gegen Bratianu, der er jetzt unterlegen ist. Er muß in einem Augenblick seinen Abschied nehmen, wo die Spannung zwischen seinem Lande und dem bolschewistischen Rußland aufs äußerste gestiegen ist. Bekanntlich hieß es bereits, daß die Petersburger Regierung den Kriegszustand zwischen beiden Staaten erklärt hat. Tatsächlich ist es bereits zu einer Reihe von Kämpfen zwischen bolschewistischen und rumänischen Truppen gekommen, bei denen die letzteren die Oberhand behielten haben. Diese Kämpfe dauern auch fort. Nach den neuesten Meldungen finden zurzeit lebhaft Kämpfe um die Stadt Rischinew statt, das von rumänischen Truppen besetzt am

# Die Herrenhausvorlage vor dem Ausschuss.

Fortschrittlicher Antrag auf zeitliche Begrenzung der Mitgliedschaft. — Die Präsentation. — Für eine höhere Vertretung von Handel und Industrie.

Berlin, 28. Januar.

Der Beratungsausschuss des Abgeordnetenhauses beschloss am Montag, die Abänderung über den zukünftigen Namen des Herrenhauses bis zum Schluss auszusetzen. Der Grundbesitz § 1, wonach in Zukunft die Mitglieder des Herrenhauses berufen werden müssen, wird angenommen. Der konservative Antrag betr. den Kronprinzen wird zugunsten eines anderen konservativen Antrags zurückgezogen, der in § 2 bestimmt will, daß nach erreichter Volljährigkeit derjenige Thronerbe, der der Krone am nächsten steht, stets berufen werden müsse. Die Fortschrittler nahmen den ursprünglichen Antrag der Konservativen wieder auf.

Zum § 2 liegen Anträge der Konservativen und des Zentrums vor, die sich auf die lebenslängliche Mitgliedschaft der Prinzen des kaiserlichen Hauses, des Fürsten von Hohenzollern, der Thronerben im Jahre 1868 deponierten Häuser, des Herzogs von Schleswig-Holstein-Augustenburg, sowie der Säuglinge der nach der deutschen Bundesakte vom 8. Juli 1815 zur Staatsbürgerschaft berechtigten normalen deutschen rechtsfähigen Häuser in Preußen beziehen. Nach dem konservativen Antrag sollen diese Mitglieder des Herrenhauses angehören, soweit sie vom König berufen werden, während im Zentrumstrang von der Berufung durch den König nicht die Rede ist.

Minister des Innern Dr. Drews erklärt, daß die Regierung sich ihre definitive Stellungnahme vorbehalten müsse. Ein Fortschrittler begründet den Antrag, daß die genannten Kategorien nicht auf Lebenszeit, sondern auf 12 Jahre dem Herrenhaus angehören sollen. Die zeitliche Begrenzung der Mitgliedschaft müsse überall durchzuführen werden. Da die 1. Kammer nicht aufgelöst werden kann, muß wenigstens durch die zeitliche Beschränkung die Möglichkeit einer gewissen Erneuerung geschaffen werden.

Man muß doch auch für den Fall vorsehen, wenn ein Prinz dauernd erkrankt ist oder bairisch keine Teilnahmestimmrecht an den Verhandlungen des Herrenhauses besitzt. Was die Ständeherrschaft betrifft, so muß mit dem erblichen Recht aufgeführt werden, wie es auch die Verträge vorsehen. Die Souveränität des Gesetzgebers steht über dem Privatrecht. Was das Gesetz gegeben hat, kann es auch nehmen. Die Kammer soll eine Ständekammer sein, hier aber handelt es sich nicht um einen Stand, sondern um einzelne Personen. Rückfragen auf das Gewesene können uns in Zukunft nicht binden. Es kommt auf die Entscheidung in der Gegenwart an. Was ist, ist, und nicht, was einmal war.

Minister Drews empfiehlt nochmals den konservativen Antrag. Er liegt zwar keine rechtlich wohl aber eine historisch begründete Sonderstellung vor, und dem trage der Antrag Rechnung. Andererseits räume er dem König das Recht der Berufung ein.

Ein Nationalliberaler gibt dem ursprünglichen konservativen Antrag den Vorzug.

Ein Konservativer führt aus: Die fortschrittliche Volkspartei als solche habe allerdings keine republikanischen Neigungen, aber man könne doch der Meinung sein, daß eine Partei, die darauf ihr arbeitet, dem König die Würde zu lassen, aber alle seine Rechte zu beschneiden, so daß ihm nichts übrig bleibe als seine Würde, eine republikanische Partei sei. Er nehme Notiz daran, daß der fortschrittliche Redner erklärt habe, seine Partei treibe keinen Kriptonrepublikanismus.

Die Abstimmung über diesen Paragraphen wurde ausgesetzt.

§ 3 zählt den Kreis berufenen Personen auf, die auf Grund von Präsentation

auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen werden sollen, und zwar: außer den zehn Retirierten der normalen Reichsstände 24 Mitglieder als Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren, und 26 Mitglieder als solche Personen, die jetzt mit erblicher Berechtigung dem Herrenhaus angehören, als Vertreter der mit dem Präsentationsrecht begabten Geschlechter. Die Fortschrittler beantragen, die hier genannten Personen gleichfalls nur auf 12 Jahre zu berufen.

Ein Fortschrittler erklärt, wenn man an die Modernisierung des Herrenhauses gehe, dürften historische Gründe nicht ausschlaggebend sein. Wir wollen überhaupt nicht eine Kammer, deren Mitglieder auf Lebenszeit berufen sind, sondern ein parlamentarisches Prinzip. Die lebenslängliche Berufung. Man sollte überlebte Bestimmungen nicht aufrecht erhalten. Ein großer Teil des Widerpruchs gegen das Herrenhaus beruht auf der Erwägung, daß so viele Leute auf Grund längst überlebter Vorrechte in die erste Kammer gelangen sind. Es ist Zeit, einen Schritt zu machen durch alle diese Bestimmungen, die auf längst veralteten Bestimmungen beruhen.

Diesem Antrag schlossen sich die Nationalliberalen und Fortschrittler an, während die Konservativen ihn bekämpften, ebenso das Zentrum, das außerdem die Erziehung der 26 oben erwähnten Mitglieder auf 40 beantragte. Auch hier kam es nicht zu einer Verhandlung, die Beschlußfassung wurde gleichfalls ausgesetzt und die Frage einem Unteranspruch überwiehen.

Nach § 4 sollen auf Grund von Präsentation in das Herrenhaus berufen werden:

1. 36 Bürgermeister größerer Städte für die Dauer der Amtszeit;

2. 36 Besitzer von ländlichen Grundstücken in einem Umfang von mindestens 100 Hektar, die sich zur Zeit der Präsentation bereits 50 Jahre im Besitz einer und derselben Familie befinden, für die Dauer der Amtszeit;

3. 36 Besitz großer Unternehmungen der Industrie oder des Handels für die Dauer der Bestimmung dieser Stellen. Hierzu liegt eine große Reihe von Anträgen vor. Die

Fortschrittler beantragen, die letzte Bestimmung zu streichen und statt dessen zu bestimmen, daß die Handelskammern nicht nur 36, sondern 72 Mitglieder zu präsentieren haben.

Ein konservativer Antrag verlangt, daß dem Herrenhaus auch angehören sollen 36 Bürgermeister der Kreisangehörigen-Städte, und neben den 36 Besitzern größerer Grundstücke auch 36 Besitzer kleinerer Grundstücke. Die Unterbreitung soll getroffen werden je nachdem, ob sie nach den Bestimmungen der Kreisordnungen zum Wahlrecht der Großgrundbesitzer oder der Kleingrundbesitzer gehören. Wehliches verlangt ein Antrag des Zentrums, doch wird hier die Mindestgrenze für den Umfang des Kleingrundstücks auf 10 Hektar oder einen Grundsteuer-Steuerbeitrag von 150 M. bemessen.

Die Nationalliberalen beantragen: 36 Bürgermeister Kreisangehöriger Städte für die Dauer der Amtszeit und 36 Landbürgermeister, Amtmänner und bezahlte Vorsteher von Landgemeinden gleichfalls für die Dauer der Amtszeit. Die Fortschrittler wollen die Vertretung des großen und des kleinen Grundbesitzes so stellen, daß den Großgrundbesitz 24, auf den Kleingrundbesitz 48 Vertreter kommen.

Auf die Anregung des Berichterstatters gab der Handelsminister zunächst über eine Reihe von Punkten Auskunft.

## Industrie und Handel.

Verzanken besonders viel der Initiative energischer Persönlichkeiten. Die Anwesenheit der leitenden Männer im Herrenhaus liegt im Interesse der gesamten Industrie und des gesamten Handels. Die Handelskammern sollten keineswegs zurückgestellt werden, aber bei der Präsentation durch die Handelskammern sollten die Interessen auch der Mittel- und Kleinbetriebe zum Ausdruck kommen. Durch die genannte Novelle zum Handelskammerngesetz werde für jede einzelne Gruppe eine besondere Wahlgruppe geschaffen, so daß bei der Wahl der Amtmänner, die präzisieren das Präsentationsrecht zum Vorrang ausüben, auch der Kleinhandel seine Vertretung finden könne. Den Handelskammern ist ein Präsentationsrecht deshalb nicht eingeräumt worden, weil sie geographisch geteilt sind, während die leitenden Männer von Handel und Industrie nicht gleichmäßig über das Land verteilt sind. Die durch private Initiative entstandenen großen Fabrikbetriebe können nicht selbst Präsentationskörper sein, denn solche können nur durch königliche Verordnung geschaffen werden. Voraussetzungen sind für die Industrie ein Präsentationsverband, ein Recht, in den eine Reihe großer Fabrikbetriebe eine bestimmte Zahl von Vertrauensmännern wählen. Diese Regelung bringe die Handelskammern nicht um das Recht, als gesetzliche Vertretung von Handel und Industrie zu gelten, sie könnten innerhalb ihrer Bezirke vorliegen, wenn sie wollen, werden aber von der Notwendigkeit entlastet, eine Reihe von vielleicht an ihrer Spitze stehenden Leitern großer Unternehmungen vorzuzulassen, weil diese ohnehin bereits repräsentiert werden. Den Vertretern der mittleren und kleineren Betriebe bleibt also ein weiterer Spielraum.

Ein Fortschrittler führte aus, die zahlreichen Petitionen gegen, wozu das berufsständische System führe; schließlich würden die Herren, die Regierung hatten, auch die zweite Kammer zu einer Ständekammer zu machen, um von dieser Stellung zurückkommen. Die Regierungsvorlage würde zunächst das Recht der Großstädte, die gegenwärtig durch 51 Bürgermeister im Herrenhaus vertreten sind, statt diese Zahl zu verkleinern, müßte sie im Gegenteil erhöht werden. Aus diesen Gründen sind die Fortschrittler mit dem Antrag auf Vertretung der freisangehörigen Städte, sowie mit dem Antrag der Nationalliberalen, einverstanden. Für den Kleingrundbesitz die Bedingung vorzuschreiben, daß der Besitz 50 Jahre in derselben Familie gewesen sein muß, ist nicht angängig, denn innerhalb des Kleingrundbesitzes wolle der Besitzer nie öfter als beim Großgrundbesitz auf seinem Fall dürfte man ein Uebergewicht des Großgrundbesitzes zulassen.

Ein Nationalliberaler erklärt, daß auch seine Freunde bereit seien, den Kleingrundbesitz mehr zu berücksichtigen.

Minister Dr. Drews erklärte, die Bezugsung des Großgrundbesitzes entsprache seiner Bedeutung und dem historisch Gewordenen. Wenn man daneben auch nach dem kleinen Grundbesitz eine Vertretung einräumen wolle, so werde das System des Entwurfs durcheinander gebracht. Der fortschrittliche Antrag sei unüberführbar, man müßte nun mindestens eine andere Grenze für die Größe des Besitzes ziehen, denn sonst würde jeder Besitzer, auch wenn sein Grundbesitz noch so klein sei, ein Präsentationsrecht haben.

Ein Konservativer meint, das berufsständische Prinzip sei keineswegs überlebt und es persönlich sei zu jedem Versuch bereit, auch die zweite Kammer berufsständisch wählen zu lassen.

Ein Nationalliberaler verlangt, daß die Städte, die jetzt das Präsentationsrecht haben, es auch behalten. Nur ein paar Renommierstädte sind im Provinziallandtag vertreten, und diesen könne man nicht ein Sonderrecht geben, zu bestimmen, wer die freiretenden Städte im Herrenhaus vertreten solle.

Ein anderer Konservativer wünscht gleichfalls berufsständisches Wahlrecht für die zweite Kammer, damit die Abgeordneten nicht von der Stimmung ihrer Wähler abhängig sind.

Der Minister des Innern Dr. Drews befrimmt die von der Regierung vorgeschlagene Städtevertretung als den modernen Verhältnissen entsprechend, weil sie das individuelle Recht einer einzelnen Stadt erhebe dadurch, daß die Städte selbst die Wählbaren auswählen.

Weiterberatung Dienstag.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

Der Entwurf des englischen Universalisten-Polizei-Gesetz, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.

stangeit sein soll. Jetzt kann man es auch verstehen, weshalb die Rumänen sich weigern, die Russen von der rumänischen Front abzuziehen zu lassen. Sie gebrauchen diese Kräfte zur notwendigen Befestigung der Front, während die rumänischen Truppenteile inwänschen — Bestrafungen erdulden müßten. Es ist ja ein Faktum, daß die Rumänen dabei so etwas wie ein Faktum sind, nachdem die Spannungsverhältnisse in weltlicher Richtung schmächtig geschwächt sind. So ist Bratians politisches Ende in einem Zeitpunkt gekommen, wo die Politik seines Landes sich erneut gegen den Osten wenden muß. Es wird in den nächsten Tagen auch in den unbelagerten Teilen Rumäniens heute nicht wenig Rumänen geben, die sich sagen, daß eine gegen den Osten gerichtete Politik billiger, ohne den Verlust des größten Teiles des Landes und ohne gewalttätige Opfer an Gut und Blut, hätte ergriffen werden können. C. H.

## Gemeinsames russisch-ukrainisches Auftreten in Brest-Litow.

Stockholm, 25. Januar. (Priv.-Tel.) Die Petersburger Tageszeitung „Neswje“ veröffentlicht eine Erklärung der Vertreter der Russen und Arbeiter-Regierung der Ukraine zu Brest-Litow, in der sie sagen, daß das Generalstatut der ukrainischen Zentralrada nicht als Vertretung des gesamten ukrainischen Volkes anerkannt werden kann. Ferner erklären sie, daß alle von dem Generalstatut aus ihre Zustimmung gelassenen Beschlüsse durch das ukrainische Volk nicht anerkannt und durchgeführt werden können, da sie gemeinsame Sache mit der Abordnung der Regierung der Russen und Arbeiter-Rußlands auf der Friedenskonferenz machen. Die Abgeordneten des Zentralausschusses für die

## Spaltung der Bolschewiki.

Revolutionäre Bestrebungen, wenn Trozki es will.

London, 28. Januar. „Daily News“ erzählt aus Petersburg, es sei eine Spaltung unter den Bolschewiki eingetreten. Die Minorität sei der Ansicht, daß die Schwächung und Isolierung Russland in einem Sonderfrieden zwinge, die Majorität einschließlich des linken Flügels der Sozialrevolutionäre ist jedoch in eine Partei der revolutionären Bestrebungen eingetreten. Die letzte Entscheidung liegt bei Trozki.

## Die russische Frontarmee gegen Trozki.

„Neswje“ sagt, daß die Delegierten von neun russischen Armeen gegen die Verhandlungen mit Trozki in Brest-Litow sich entschieden haben und nur drei dafür. Die neun Delegierten übermittelten dem Rat der Volksbeauftragten eine Entschädigung, in der sie es ablehnen, die Politik des Rates der Volksbeauftragten weiter zu unterstützen, wenn die Verhandlungen an parteilichem Willkür haben fortsetzen sollten.

Die Vertreter der anderen drei Armeen, und zwar der zweiten, der vierten und sechsten, erklärten, daß sie unbedingt die Politik von Lenin und Trozki unterstützen würden. Diese Auffassung vertritt auch der Ausschuss des russischen Hauptquartiers in Moskau.

## Die Russen gegen die polnischen Legionäre.

Polnische Legionäre besetzen die Station Orda im Gouvernement Minsk und entwarfen die russische Garnison. Ebenso besetzen sie die Stationen nördlich und südlich von Orda, wo die russischen Polen entworfenen. Das Besondere erregte, weil die Bolschewiki die Leiter der polnischen Militärvereinigungen verhaftet hatten.

Petersburg, 28. Jan. „Neswje“ meldet: Kriegen brachte ein Radiotelegramm zur Kenntnis der Bolschewikkommisare, das schleunige Maßnahmen zur Vertreibung der polnischen Truppen im Gouvernement Orda von den Punkten, die sie besetzt halten, und die allgemeine Entlassung der polnischen Legionäre anordnete. Das Kommando der Polen ist die Antwort auf die Vertreibung des polnischen Zentralausschusses durch die Majorität, die unter den Polen lebhafteste Aufregung hervorgerufen habe.

## Neue Gewalttaten in Petersburg.

„Dagens Nyheter“ meldet aus Saporandja: In einer der letzten Sitzungen des Reichstages und Soldatenrates erklärte der Direktor der Kasse der Bolschewiki-Regierung, Kravtchik, daß in Petersburg ein großes Wladimir unmittelbar bevorstehe, bei dem die Arbeiterbevölkerung die Bourgeoisie vollständig zerstören werde. Weiter meldet das Blatt aus Petersburg: Der Nord an den beiden Exministern für so lange gehalt, daß sich jetzt jeder in Petersburg fragt, welches wird der nächste Schritt sein? Man appelliert fortgesetzt an die Petersburger Garnison, und die Soldaten antworten: „daß die Vergeltung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.“ Ganze Reaktionen sind mit der Fortschritt der Bolschewiki verbunden, und man glaubt, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis die ganze Regierung in Ruine werden. In den letzten Tagen haben verschiedene Regimenter der Petersburger Garnison Beschlüsse abgelehnt, in denen Vertreter der sozialrevolutionären Partei die Soldaten zur Empörung gegen die Bolschewiki-Regierung aufforderten.

## Orlando als Redner der Entente?

Paris, 28. Januar. Der Berichterstatter der „Stampa“ in Rom berichtet: Die Mitteilung auf die Reden der Grafen Hertling und Czernin werde im Namen der Entente durch Orlando bei der Eröffnung der italienischen Kammer erfolgen. Den italienischen Kriegsteilnehmern seien die Reden der feindlichen Staatsmänner wenig günstig, dagegen sei die Mehrzahl der Politiker der Ansicht, daß die Reden der Staatsmänner, ganz allgemein betrachtet, einen Schritt zum Frieden bedeuteten.

## Londons Fleischmangel.

Notterdam, 28. Januar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Ende letzter Woche war der Fleischmangel änger als je. Nicht nur nach Butter und Margarine, sondern auch

nach Fleisch „landen“ die Leute am Sonnabend nachmittag vielfach verzögert, weil die Korben verlastet waren, ehe die Waren in die Köche kamen.

## Die englischen Meinungsverschiedenheiten.

Notterdam, 28. Jan. (eigene Doppschrift.) Nach Londoner Mitteilungen befindet es sich, daß in der englischen Regierung große Meinungsverschiedenheiten über die Fortführung

der Entente ausgebrochen sind, welche den Rücktritt des Kriegsministers Lord Derby zur Folge hatten.

## Wilson und die englische Universalisten-Polizei.

Paris, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Präsident Wilson ließ am Montag das Gesetz dem Kongress, wonach er verabschiedet, die englische Regierung möge dem Universalisten-Polizei-Gesetz zustimmen.